

## Aus dem Inhalt

### Kirchen

Kardinal Meisner  
beklagt „Katholikenphobie“ 2

Kretschmann: Kirchen haben in  
Deutschland keine Privilegien 3

### Gesellschaft

Migrationsforscher hält Debatte um  
Herkunft Röslers für hysterisch 9

Gedenkort für Nürnberger  
NSU-Opfer kommt im März 10

### Soziales

Debatte um Samenspender-Urteil 13

Kinderhilfswerk fordert Aus  
der Babyklappen 15

### Kultur

Lübecker Grass-Haus zeigt John  
Lennon als Zeichner 23

### Entwicklung

US-Diplomatin: Paris zahlte  
Millionen Lösegeld an Islamisten 28

Vorwürfe gegen Stiftung  
„Menschen für Menschen“ 28

**Impressum** 29

## Gesprächsreihe von Europas Protestanten mit Vatikan gestartet

Frankfurt a.M. (epd). Eine erste theologische Gesprächsrunde zwischen Europas Protestanten und dem Vatikan hat am Freitag in Wien begonnen. Themen der Konsultation sind Fragen der Kirchenlehre. Die Delegation der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa wird von deren geschäftsführendem Präsidenten, Landesbischof Friedrich Weber, geleitet. Auf römisch-katholischer Seite hat der Präsident des Päpstlichen Einheitsrates, Kardinal Kurt Koch, die Leitung.

Zum Start der Gespräche sagte Bischof Weber dem Evangelischen Pressedienst (epd), ein wichtiges Ziel sei es, die in den bisherigen Dialogen erzielten Ergebnisse zum Kirchenverständnis zu sichern. Weiter müsse thematisiert werden, ob es eine Einheitsmodell gebe, das in der Einheit die Verschiedenheit der Konfessionen wahre. In diesem Zusammenhang verwies Weber auf die „Leuenberger Konkordie“, mit der lutherische, reformierte und unierte Kirchen in Europa 1973 wechselseitige Kirchengemeinschaft erklärten.

Aus römisch-katholischer Sicht ist Weber zufolge eine Einheit in versöhnter Verschiedenheit nach dem Konzept von Leuenberg nicht denkbar. „Ich wünsche mir, dass wir offen und ehrlich die Bedenken ansprechen, bearbeiten und zu einem Ergebnis finden, das die je andere Kirchengestalt mit Respekt gelten lassen kann“, sagte Weber, der auch Ökumenebeauftragter der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands ist.

Für die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa nehmen an der Gesprächsrunde sieben Theologen teil, darunter aus Deutschland die Professorinnen Friederike Nüssel (Heidelberg) und Miriam Rose (Jena). In den zurückliegenden Jahren hatte der Zusammenschluss von mehr als 100 Kirchen bereits Lehrgespräche mit den Orthodoxen und Anglikaner sowie der Europäischen Baptistischen Föderation geführt.

## Kardinal Meisner beklagt „Katholikenphobie“

Kretschmann verteidigt Kirche

Köln (epd). Die Diskussion über diverse Skandale in der katholischen Kirche reißt nicht ab. Kardinal Joachim Meisner beklagt deshalb eine „Katholikenphobie“. Der Kölner Erzbischof ruft in einem Brief an alle Seelsorger in seinem Erzbistum die Priester und Laienmitarbeiter zu Tapferkeit im Umgang mit öffentlicher Häme und „ungerechtfertigten Vorwürfen“ auf, wie der „Köln Stadt-Anzeiger“ (Freitagsausgabe) berichtete. Unterstützung bekommt die Kirche unterdessen vom baden-württembergischen Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), der staatliche Finanzleistungen für die Kirche verteidigt.

Die Kirche sei „stärkste Kraft der Zivilgesellschaft - und der Staat fördert alle Gemeinschaften, die sich für die Gesellschaft engagieren“, sagte Kretschmann im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd). Privilegien besitze die Kirche deshalb nicht, betonte er. Der Einzug der Kirchensteuer durch den Staat sei kein Privileg, sondern eine Dienstleistung, für die die Kirchen bezahlen müssten.

Der Kölner Erzbischof Meisner reagiert in seinem dreiseitigen Schreiben auf die Diskussionen über die Zurückweisung eines Vergewaltigungsopfers an zwei katholischen Kölner Kliniken sowie den Bruch zwischen katholischer Bischofskonferenz und dem Kriminologen Christian Pfeiffer, der Zweifel am Willen zur Aufklärung des Missbrauchsskandals genährt hatte.

Die Theologin Ida Raming greift die katholische Kirche vor diesem Hintergrund scharf an. „Die katholische Kirche ist noch immer eine Männerdiktatur“, sagte Raming der „tageszeitung“ (taz, Freitagsausgabe). Es können nicht länger hingenommen werden, dass „leitende Männer der Kirche über den Körper und die Seele der Frau Macht ausüben“. Die heute 80-Jährige hatte sich 2002 von einem freikatholischen Bischof zur Priesterin wehen lassen und war daraufhin exkommuniziert worden.

## Theologin Raming: Katholische Kirche ist „Männerdiktatur“

Berlin (epd). In der Debatte über die „Pille danach“ greift die Theologin Ida Raming die katholische Kirche wegen ihrer Sexualmoral scharf an. „Die katholische Kirche ist noch immer eine Männerdiktatur“, sagte Raming der „tageszeitung“ (taz, Freitagsausgabe). Es können nicht länger hingenommen werden, dass „leitende Männer der Kirche über den Körper und die Seele der Frau Macht ausüben“. Die heute 80-Jährige hatte sich 2002 von einem freikatholischen Bischof zur Priesterin wehen lassen und war daraufhin exkommuniziert worden.

Frauen dürften nicht länger wegen ihres Geschlechtes von kirchlichen Entscheidungen über Moral und Glaube ausgeschlossen sein, sagte Raming. Zwar stehe im

Grundgesetz, dass jede Religionsgemeinschaft ihre Angelegenheiten im Rahmen des für alle geltenden Gesetzes selbstständig ordne und verwalte. „Bislang ist dieser Artikel zugunsten der katholischen Kirche ausgelegt worden.“ Dies müsse sich ändern, forderte Raming. Schließlich bekomme die Kirche staatliche Zuwendungen, „da müsste sie sich wenigstens an die Menschenrechte halten.“

Raming sieht hinter der Diskriminierung von Frauen die Angst der katholischen Kirche, dass durch einschneidende Reformen an ihren Fundamenten gerüttelt werden könnte. Aber es stecke auch persönliche Angst dahinter: „Die leitenden Männer der Kirche kommen mit den Frauen nicht zurecht, sind ihnen entfremdet, auch aufgrund des Zölibats.“

Der Kölner Kardinal Joachim Meisner hatte in der vergangenen Woche überraschend seine Haltung zur „Pille danach“ korrigiert. Der Erzbischof sagte, es sei vertretbar, wenn nach einer Vergewaltigung ein Präparat verwendet werde, das eine Befruchtung verhindere. Das Thema steht auch auf der Tagesordnung der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz vom 18. bis 21. Februar in Trier.

## Kretschmann: Kirchen haben in Deutschland keine Privilegien

„Enormer Reformbedarf“ in katholischer Kirche

epd-Gespräch: Marcus Mockler und Achim Schmid

Stuttgart (epd). Winfried Kretschmann ist nicht nur Deutschlands erster grüner Ministerpräsident - er ist auch Kirchenbeauftragter der baden-württembergischen Landesregierung. Im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd) begründet er, warum die Kirchen seiner Ansicht nach in Deutschland keine Privilegien haben. Der katholischen Kirche bescheinigt Kretschmann, der dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken angehört, einen „enormen Reformbedarf“ und seiner Partei eine kirchenkritische Grundhaltung, die aber nichts mit Kirchenfeindlichkeit zu tun habe. Außerdem erklärt der 64-Jährige, warum er sich heute schon über seine Wiederwahl in drei Jahren Gedanken machen muss.

*epd: Herr Ministerpräsident, Ende Januar war bei der Vorstellung einer Studie über die Katholiken der Diözese Rottenburg-Stuttgart von einem „Winfried-Kretschmann-Milieu“ die Rede. Das seien oft ältere, sehr engagierte Kirchenmitglieder, die sich besonders für gesellschaftliche Belange interessierten. Fühlen Sie sich als Leitfigur eines bestimmten katholischen Milieus?*

**Kretschmann:** Nein, so fühle ich mich nicht, das will ich mir auch nicht anmaßen. Ich gehöre eher zur kritischen Kohorte der katholischen Kirche. Ich sehe einen enormen Reformbedarf, zum Beispiel dass sich meine Kirche den Wünschen der Gläubigen stärker öffnet und dass sie vor allem ihre Angst vor Freiheitstendenzen der modernen Gesellschaft ablegt.

## Kirchen

## Kirchen

*epd: Ihre Partei der Grünen gilt als sehr kirchenkritisch. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe hat deshalb Ende Dezember gesagt: „Es ist unaufrichtig und doppelzüngig, wenn die Grünen Kirchenfreunde ins Schaufenster stellen, in der Programmwerkstatt aber erbitterte Kirchengegner den Ton angeben.“ Sind Sie das christliche Feigenblatt in einer kirchenkritischen Partei?*

**Kretschmann:** Was kann man vom Generalsekretär einer anderen Partei schon Anderes erwarten als solche klischeehaften Äußerungen. Wir leben in einer säkularen Gesellschaft, die ist kirchenkritisch. Wir leben überhaupt in einer kritischen Welt, weil wir in einer Demokratie leben. Daran müssen wir uns alle gewöhnen - in Politik, Wirtschaft, Kirche. Schließlich geht das auf den Apostel Paulus zurück, der hat das begründet, als er gesagt hat: „Prüfet alles, das Gute behaltet“ (1 Thessalonicher 5, 21). Das steht am Anfang einer kritischen Reflexion von Glaube. Die Grünen sind fraglos die Partei, die von den Konfessionslosen am Stärksten gewählt werden, und in ihr sind auch viele kirchenkritische Menschen. Die Kirche hat zwar einen Missionsauftrag in die Welt und auch in die Parteien hinein - aber nicht umgekehrt.

*epd: Konkreter Anlass für Gröhes Kritik war das kirchliche Arbeitsrecht, der „Dritte Weg“ ohne Streikrecht und ohne Aussperrung. Der Bundesparteitag der Grünen hat beschlossen, diesen „Dritten Weg“ massiv einzuschränken. Tragen Sie diesen Parteitagsbeschluss mit?*

**Kretschmann:** Was soll daran kirchenfeindlich sein? Das ist eher eine Rückfrage an die Kirchen, ob ihr Arbeitsrecht noch in eine moderne Gesellschaft passt. An diesem Arbeitsrecht hatten wir Grüne schon immer Kritik - auch ich persönlich. Daraus nun Kirchenfeindlichkeit zu machen, ist polemisch. Was könnte ich da wohl alles zur CDU und ihrer Haltung zu Flüchtlingen sagen. Was sie da teilweise gemacht hat, war an Hartherzigkeit doch gar nicht zu übertreffen. Und da geht es um christliche Kernanliegen - denn der Fremde ist laut der Bibel der Nächste.

*epd: Mitte Januar hat sich in Mannheim der „Bundesweite Arbeitskreis Säkulare Grüne“ gegründet. Er will kirchliche Privilegien wie den Religionsunterricht an staatlichen Schulen abschaffen. Läutet das einen Säkularisierungsschub in Ihrer Partei ein?*

**Kretschmann:** Zunächst: Die Kirche besitzt keine Privilegien! Sondern Kirche ist stärkste Kraft der Zivilgesellschaft - und der Staat fördert alle Gemeinschaften, die sich für die Gesellschaft engagieren. Davon ist niemand ausgenommen. Was sollen denn Privilegien sein? Die Kirchensteuer zieht zwar der Staat für die Kirchen ein, doch dafür müssen die Kirchen auch bezahlen. Das ist also eine Dienstleistung, kein Privileg. Das kann jede Weltanschauungsgemeinschaft machen, wenn sie den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erreicht. Auch die Staatsleistungen an die Kirchen sind kein Privileg, sondern Ergebnis einer rechtlichen Verpflichtung aus dem frühen 19. Jahrhundert, als die Kirchen

enteignet wurden. Wir könnten uns als Staat davon durch hohe Ablösesummen befreien - doch wer will die im Augenblick denn aufbringen? Darüber können wir mal nachdenken, wenn der Staat völlig entschuldet ist.

*epd: Und trotzdem fordern säkulare Leute aus Ihrer Partei ein Zurückdrängen der Kirchen.*

**Kretschmann:** Niemand kann die Augen davor verschließen, dass diese Gesellschaft säkularer wird. Statt darüber zu jammern, müssen alle engagierten Christen zum Auftrag ihrer Kirche stehen. Die Kirchen selber müssen den Glauben zeitgenössisch halten, damit das verstanden wird, was sie verkünden und tun. Wenn wir Religionsunterricht an öffentlichen Schulen nicht hätten - man müsste ihn geradezu erfinden. Ist denn in Gesellschaften, in denen ein strikter Laizismus herrscht, irgendetwas besser? Nein! Die Religionen geraten an den Rand, und dort können sich dann fundamentalistische Tendenzen ausbreiten. Das schlägt dann zurück auf die Gesellschaft, und zwar nicht zu ihrem Vorteil. Damit ist also kein Freiheitsgewinn verbunden.

*epd: Die Landesregierung hat die Studiengebühren abgeschafft. Während staatliche Hochschulen finanziellen Ersatz vom Land kriegen, gehen die kirchlichen - etwa die Evangelischen Hochschulen in Freiburg und Ludwigsburg - leer aus. Warum lässt man die nicht auf Gewinn ausgerichteten kirchlichen Hochschulen hier im Stich?*

**Kretschmann:** Die Hochschulministerin bemüht sich um eine Lösung, aber das ist rechtlich außerordentlich schwierig. Die kirchlichen Hochschulen leisten eine ganz hervorragende Arbeit. Aber wir können die Abschaffung der Studiengebühren nicht davon abhängig machen, ob Hochschulen in freier Trägerschaft von diesem Schritt betroffen sind. Wir hoffen, eine auch für die kirchlichen Hochschulen gute Lösung zu finden.

*epd: Wie ist das für Sie: Christ und Politiker? Die Maßstäbe liegen da ja noch mal höher. Da war die Enttäuschung, als Sie überraschend die Streichung von 11.600 Lehrerstellen bis 2020 verkündeten, bei einigen umso größer. Hätten Sie das als Christ nicht schon vor den Wahlen sagen müssen?*

**Kretschmann:** Diese Lehrerstellen streiche ich aus Überzeugung. Wir haben einen Rückgang von 25.000 Schülerinnen und Schülern jedes Jahr bis 2020. Wir müssen einen Haushalt sanieren. Die Schuldenbremse steht in der Verfassung. Darüber beklage ich mich nicht, denn ich habe mit für diese Schuldenbremse gesorgt. Bis jetzt sind alle Ressourcen im Schulsystem geblieben.

*epd: Kürzlich wurde berichtet, Sie würden gerne nach der ersten Amtsperiode als Ministerpräsident gleich für eine zweite kandidieren. Was macht Ihnen Mut, mit dann 67 Jahren den Hut noch einmal in den Ring zu werfen?*

## Kirchen

## Kirchen

**Kretschmann:** Es ging in der Meldung darum, ob ich ein Amt in Europa anstrebe, und da habe ich deutlich gemacht, dass mich meine Aufgabe in Baden-Württemberg mehr interessiert. Aber es wäre verwegen, sich schon drei Jahre vor der Wahl zu entscheiden, weiterzumachen. Dazu muss man ja gesund sein, man muss das Amt wollen, die Partei muss es wollen, die Wählerschaft - das weiß man heute alles nicht. Ich bin gewählt für fünf Jahre, das erfülle ich auch. Als Profi in der Politik muss man sowieso immer sagen, dass man weiter macht. Sonst gilt man als „lahme Ente“ und wird im Amt nicht mehr ernstgenommen.

### Landesbischof: Begegnungen mit Künstlern sind oft Provokation

Hannover (epd). Der evangelische Landesbischof Ralf Meister aus Hannover empfindet die Begegnung mit Künstlern oft als Provokation. Viele Künstler stellten der Kirche unbequeme Fragen, sagt Meister in einem neuen Videoblog des NDR. Sie wollten etwa wissen, ob das Leiden von Jesus Christus die Christen wirklich berühre, oder ob die Kirchen nicht längst viel zu bequem geworden seien.

Um sich solchen Fragen zu stellen, lade die evangelische Kirche regelmäßig zum „Aschermittwoch der Künste“ ein. Er wird in diesem Jahr für die hannoversche Landeskirche am 13. Februar in der Markuskirche in Hannover gefeiert. „Das ist der Geist am Aschermittwoch, dass Künstler kommen, uns fragen und auffordern: Kehrt um!“, sagte Meister.

Für den 15. Aschermittwoch der Künste hat der Bremer Bildhauer Klaus Effern sieben lebensgroße bemalte Holzskulpturen mit dem Titel „Verspottung“ geschaffen. Sie symbolisieren die Misshandlung eines Menschen und erinnern an die Verspottung Jesu vor seinem Todesurteil und der Kreuzigung. Effern bezieht sich dabei auf ein Gemälde von Matthias Grünewald mit dem Titel „Verspottung Christi“.

Die Besucher der Ausstellung könnten zwischen den Figuren umhergehen und würden so zu symbolischen Augenzeugen der Verspottung, sagte Meister: „Auf diese Weise führt uns der Künstler die Passion Jesu vor Augen.“

### Benedikt würdigt Elysée-Vertrag

Papst berät mit saarländischer Ministerpräsidentin über EU

Rom (epd). Papst Benedikt XVI. hat den Elysée-Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland als Beispiel für die politische Umsetzung moralischer Werte gewürdigt. Konrad Adenauer und Charles De Gaulle hätten vor 50 Jahren in einer Versöhnungsmesse vor der Unterzeichnung des Vertrages demonstriert, dass „die Politik auf Prinzipien basiert, die sie sich nicht selbst geben kann“, erklärte das

## Kirchen

Kirchenoberhaupt in einer am Donnerstag verlesenen Grußbotschaft. Grundlage einer Politik im Dienst von Frieden und Gerechtigkeit seien Werte, die durch das Evangelium und die Menschenrechte geprägt worden seien.

Die Grußadresse wurde vom vatikanischen „Außenminister“ Dominique Mamberti bei einer Konferenz zum Jubiläum des Elysée-Vertrags in der päpstlichen Gregoriana-Universität verlesen. Seit der Unterzeichnung des Vertrags durch die beiden Regierungschefs am 22. Januar 1963 seien große Fortschritte bei der Aussöhnung beider Staaten gemacht worden, unterstrich der Papst. Frieden bleibe jedoch eine „Aufgabe, die immer neu erfüllt werden muss“.

Der EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier betonte bei der Konferenz: „Die Versöhnung der Völker erfordert die Aussöhnung zwischen ihren Geschichtsversionen.“ Das geeinte Europa sei ohne den deutsch-französischen Aussöhnungsprozess nicht denkbar.

Barnier nahm gemeinsam mit der saarländischen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) und dem ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Jacques Santer an der Konferenz mit dem Titel „50 Jahre deutsch-französische Freundschaft im Dienste Europas: die Europäische Union, ein Modell für andere Versöhnungen?“ teil.

Der Papst hatte die Ministerpräsidentin am Vormittag in Audienz empfangen. Bei der Begegnung sei es vor allem um Europa-Fragen gegangen, erklärte die saarländische Regierungschefin. Benedikt habe sich bei dem intensiven Gespräch „sehr interessiert an der weiteren Entwicklung in Europa“ gezeigt. Er habe überdies ein starkes Bewusstsein für die Nöte von Menschen gezeigt, die von Sparmaßnahmen in der derzeitigen Krise betroffen seien.

Kramp-Karrenbauer, die Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) ist, würdigte den Papst als „Mann der klaren Positionen“, mit denen sie nicht in allen Fragen übereinstimme. So gebe es etwa unterschiedliche Auffassungen über die Stellung der Frau in der katholischen Kirche. Mit wohl argumentierten Positionen zwinge Benedikt seine Gesprächspartner jedoch, „die eigene Komfort-Zone zu verlassen“, und sich mit seinen Ansichten auseinanderzusetzen.

### **Papst äußert sich besorgt über Zukunftschancen junger Menschen**

Rom (epd). Papst Benedikt XVI. hat sich besorgt über die Zukunftsaussichten junger Menschen geäußert. Kulturelle, wirtschaftliche und politische Instabilität erschweren den Zugang zum Berufsleben und führten zu psychischen Schwierigkeiten, beklagte er am Donnerstag Vatikanangaben zufolge bei einer Audienz für den Päpstlichen Kulturrat.

„Unsicherheit und Zerbrechlichkeit vieler Jugendlicher treiben viele an den Rand der Gesellschaft, machen sie unsichtbar und verhindern ihre Teilnahme an kulturellen sowie historischen Prozessen“, beklagte das Kirchenoberhaupt. Er äußerte sich anlässlich der Vollversammlung des Kulturrats, der noch bis zum Samstag im Vatikan über das Thema „Neue Jugendkulturen“ berät.

Mangelnde Integration Jugendlicher in die Gesellschaft führt nach den Worten des Papstes zunehmend zu Drogenabhängigkeit, Gewalt und Kriminalität: „Das Intimleben wird zunehmend zu einem Spektakel, und das Individuum beschränkt sich narzisstisch auf die eigenen Bedürfnisse und Interessen.“ Dabei werde auch der eigene Glaube vielfach allein als Gefühlserlebnis erfahren und auf die Privatsphäre beschränkt.

## Lutherwanderstab für Ministerpräsidentin Lieberknecht

Schmalkalden (epd). Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) hat als Symbol ihrer Schirmherrschaft für den Lutherweg in Thüringen den Wanderstab der Lutherweg-Gesellschaft erhalten. Den Lutherwanderstab übergab am Freitag im südthüringischen Schmalkalden der Präsident der Lutherweg-Gesellschaft, der anhaltische Kirchenrat Jürgen Dittrich. Der Pilgerweg sollte zunächst nur Luthers Geburts- und Sterbeort Eisleben mit Wittenberg als Ausgangspunkt der Reformation von 1517 verbinden. Inzwischen beteiligen sich an dem Projekt neben Sachsen-Anhalt, Thüringen und Bayern auch Sachsen, Brandenburg und Hessen. Die Route verbindet auf einer Länge von insgesamt 900 Kilometern in den sechs Bundesländern zahlreiche markante Stätten der Reformation.

## Psychologe: Richtiges Maß an Risiko ist gesund

epd-Gespräch: Brigitte Vordermayer

Würzburg (epd). Ein gewisses Maß an Risiko ist nach Ansicht des Würzburger Psychologieprofessors Johannes Hewig gesund. Dadurch verfallt man nicht in Passivität, die zu depressiven Verstimmungen führen könne, sagte der Risikoforscher dem Evangelischen Pressedienst (epd). Risiko führe zu einem Zustand erhöhter Erregung: Dabei würden Neurotransmitter wie Noradrenalin und Dopamin freigesetzt, die wichtig seien für ein gesund funktionierendes Gehirn.

„Risiken können uns voranbringen und uns hohe Gewinne oder erfreuliche Erlebnisse bescheren“, sagte Hewig. Zugleich räumte er ein, dass der positive Effekt von Risiken aber keineswegs rechtfertige, hohe Risiken einzugehen. Diese seien für eine gesunde Psyche auch nicht nötig.

## Kirchen



Der Satz „no risk, no fun“ werde manchmal nur als billige Ausrede für das Eingehen extrem hoher Risiken verwendet, etwa bei illegalen Autorennen, kritisierte der Risikoforscher. Im Durchschnitt seien Männer risikofreudiger als Frauen und Jüngere risikofreudiger als Ältere.

Ein risikofreies Leben gebe es nicht, sagte Hewig. „Und das ist auch nicht erstrebenswert, weil es uns vieler Möglichkeiten, Chancen und Hoffnungen berauben würde.“ Sein Tipp für ein ausgewogenes Leben laute: „Weder zu riskant noch zu vorsichtig sein.“

Die evangelische Fastenaktion „7 Wochen Ohne“, die am Aschermittwoch startet, befasst sich in diesem Jahr ebenfalls mit dem Risiko. Ihr Motto: „Riskier was, Mensch! Sieben Wochen ohne Vorsicht“.

## **Migrationsforscher hält Debatte um Herkunft Röslers für hysterisch**

**epd-Gespräch: Martina Schwager**

Osnabrück/Berlin (epd). Der Migrationsforscher Klaus J. Bade hält die Debatte um die asiatische Herkunft von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) für „deplatziert und hysterisch“. Sie zeige allerdings, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung noch immer nicht in der Einwanderungsgesellschaft angekommen sei, sagte der Professor und Mitbegründer des Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien am Freitag dem Evangelischen Pressedienst (epd): „Kein Amerikaner würde je einen Gedanken daran verschwenden, ob ein Politiker schräg stehende Augen oder einen anderen Teint hat.“

Ein Parteifreund des FDP-Vorsitzenden Rösler, Hessens Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn, hatte in einem Interview gesagt, er frage sich, „ob unsere Gesellschaft schon so weit ist, einen asiatisch aussehenden Vizekanzler auch noch länger zu akzeptieren“. Rösler selbst hat ihn gegen Rassismuskritik in Schutz genommen. Hahn sei über jeden Verdacht erhaben. Andere FDP-Politiker berichteten daraufhin, dass ihnen im Wahlkampf durchaus immer wieder rassistische Äußerungen in Bezug auf den Wirtschaftsminister begegneten. Rösler (39) wurde in Vietnam geboren und als Kleinkind von einem deutschen Ehepaar aus Niedersachsen adoptiert.

Bade betonte, solche Diskussionen schürten unnötig Ängste, die völlig irrational seien. „Warum sollten die Bürger Angst haben vor Zuwanderern, die sich nicht nur erfolgreich integrieren, sondern sich auch noch zur Elite der Gesellschaft zählen?“ In Deutschland würden Menschen noch immer eher nach ihrer ethnischen Abstammung als nach ihren Fähigkeiten beurteilt: „Es zählt oft, wie jemand aussieht,

Kirchen

Gesellschaft

und nicht, was er kann.“ Damit sich das ändere, müsse schon in Kindertagesstätten mit einer interkulturellen Erziehung begonnen werden.

Andererseits sei die Akzeptanz der kulturellen Vielfalt auch in Deutschland eine Frage der Gewöhnung: „Diese Ängste und Ressentiments werden sich auswachsen.“ Für viele junge Menschen bis 30 Jahre sei kulturelle Vielfalt bereits jetzt Realität. Als Beispiel nannte der in Berlin lebende Bade wieder die USA: „Dort weiß inzwischen jeder, dass die weißen Auswanderer aus Europa Mitte dieses Jahrhunderts nur noch die größte Minderheit sein werden.“

## Gedenkort für Nürnberger NSU-Opfer kommt im März

Nürnberg (epd). Nürnberg schafft einen Gedenkort für die Opfer der rechtsextremen Terrorzelle NSU. Vier Ginkgobäume sollen an die drei in Nürnberg verübten Morde erinnern, sagte Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) am Donnerstag. Die Bäume sollen am 21. März am Ausgang der Straße der Menschenrechte gepflanzt werden. Darauf habe sich die Stadt mit den Angehörigen der Nürnberger Opfer geeinigt. Alle Mitbürger sollen durch den Gedenkort dazu ermutigt werden, „gegen jede Form von Rassismus und Menschenfeindlichkeit einzutreten“.

Die Stadt ziehe die Ginkgos einem einfachen Gedenkstein vor, „denn Bäume wachsen noch, sie stehen für die Zukunft“. Sie seien Symbol für Menschenrechte und „sind schöner und hoffnungsvoller als ein Stein“, so Maly weiter. Neben den Bäumen werden Infotafeln platziert. Auf ihnen stehe eine gemeinsame Erklärung aller sieben Städte, die von der Neonazi-Mordserie betroffen waren. Dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) fielen zwischen 2000 und 2007 neun Kleinunternehmer türkischer und griechischer Herkunft sowie eine Polizistin zum Opfer.

Drei Bäume stehen für die in Nürnberg ermordeten Enver Simsek, Abdurrahim Özüdogru und Ismail Yayar. „Der vierte steht anonym, stellvertretend für alle Opfer rechter Gewalt“, sagte Maly. Nürnberg will außerdem einen „Interkulturellen Preis“ in Höhe von rund 30.000 Euro für Jugendliche und Schulklassen ausloben, die sich gegen Rassismus einsetzen.

## Dresdner OB ruft zum Handeln gegen Naziaufmarsch auf

Dresden (epd). Knapp eine Woche vor dem Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg am 13. Februar hat Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) zur Teilnahme an Gedenkveranstaltungen und friedlichen Protesten gegen einen geplanten Neonazi-Aufmarsch aufgerufen. „Wer glaubt, Dresden würde sich zurücklehnen, irrt“, erklärte Orosz am Freitag in Dresden.

Dabei verwies sie auf zahlreiche Veranstaltungen am 68. Jahrestag der Zerstörung der Stadt. Am 13. Februar 1945 war Dresden bei Luftangriffen der Alliierten schwer zerstört worden, bis zu 25.000 Menschen kamen ums Leben. Seit Jahren versuchen Neonazis, die Trauer für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. Nach Großaufmärschen in der Vergangenheit werden in diesem Jahr allerdings nur rund 1.000 Neonazis erwartet.

## Gesellschaft

### **DDR-Bürgerrechtler Rainer Eppelmann wird 70 Jahre alt**

Berlin (epd). Der Vorstandsvorsitzende der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und frühere DDR-Bürgerrechtler Rainer Eppelmann wird am Dienstag (12. Februar) 70 Jahre alt. Der gebürtige Berliner, der Mitte der 60er Jahre wegen Verweigerung des Waffendienstes und des Gelöbnisses in den waffenlosen Baueinheiten der Nationalen Volksarmee acht Monate in DDR-Haft war, gehörte im Herbst 1989 zu den Mitbegründern der Partei „Demokratischer Aufbruch“. In der letzten DDR-Regierung war er Minister für Abrüstung und Verteidigung.

Eppelmann wurde am 12. Februar 1943 als Sohn eines Zimmermanns und einer Schneiderin in Berlin geboren. Nach einer Maurerlehre studierte er evangelische Theologie und war danach 15 Jahre Pfarrer der Ost-Berliner Samaritergemeinde. In dieser Zeit trat er in zahlreichen Aktionen, Erklärungen und Veranstaltungen für Freiheit und Demokratie sowie für Frieden und Abrüstung ein.

Nach der Wiedervereinigung war Eppelmann von 1990 bis 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags, wo er in den 90er Jahren die Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur leitete. Auf Empfehlung der Kommission wurde 1998 die Bundesstiftung Aufarbeitung gegründet, deren ehrenamtlichen Vorsitz Eppelmann seitdem innehat. Ab 1994 war er zudem Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), deren Ehrenvorsitzender er heute ist.

### **Maurer, Pfarrer, Verteidigungsminister**

**Der frühere DDR-Bürgerrechtler Rainer Eppelmann wird 70 Jahre alt**

**Von Markus Geiler (epd)**

Berlin (epd). Eigentlich wollte er Architektur studieren, gestand Rainer Eppelmann mal in einem Interview. Dann kam der Mauerbau und dem damals 18-jährigen Sohn aus einer Ost-Berliner Handwerkerfamilie blieb kurz vor dem Abitur der Weg in sein Gymnasium im Westteil der Stadt versperrt. Er bricht die Schule ab, jobbt zunächst als Dachdecker, absolviert dann eine Maurerlehre und beginnt schließlich ein Theologiestudium an der Ost-Berliner kirchlichen Fachhochschule „Paulinum“. 1974 tritt er seine erste Pfarrstelle in der Samaritergemeinde in Berlin-Friedrichshain an.

## Gesellschaft

„Ich wäre vielleicht ein leidlich guter Architekt geworden“, bilanziert der heutige Vorsitzende der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur fünf Jahrzehnte später. „So aber bin ich Pfarrer geworden. Besser hätte es mich gar nicht erwischen können.“ Für ihn sei der 13. August 1961, der Tag, an dem der Mauerbau begann, am Ende doch ein Segen gewesen.

Als Eppelmann 1969 sein Theologiestudium aufnimmt, hat er aus Sicht des SED-Regimes mit widerspenstigem Verhalten bereits reichlich verbrannte Erde hinterlassen. Drei Jahre zuvor, 1966, verweigert er nicht nur den Dienst an der Waffe in der NVA, sondern auch das Gelöbnis in den waffenlosen Baueinheiten der DDR-Volksarmee. Dafür wanderte er acht Monate in den Knast.

Viel mehr als ein beruflicher Werdegang unter dem Dach der evangelischen Kirche blieb ihm bei diesen Vorbedingungen in der DDR nicht übrig. Auch als Kirchenmann eckte er an. Als Gemeindepfarrer und Kreisjugendpfarrer politisierte er seine Arbeit, öffnete seine Kirche für unangepasste Jugendliche. Legendär wurden seine Blues-Messen mit zuletzt Tausenden von Teilnehmern, in denen Bands im geschützten Raum der Samariterkirche unzensuriert auftreten durften.

Die Blues-Messen missfielen nicht nur der Staatsmacht sondern auch der Kirchenleitung. Um den für 1987 in Aussicht gestellten Kirchentag nicht zu gefährden, entschloss sich der „Bund der Evangelischen Kirche in der DDR“ im Herbst 1986 schließlich, sie einstellen zu lassen.

Mit Friedensseminaren und -werkstätten, Mahnwachen, Offenen Briefen, Eingaben und Verlautbarungen wie dem „Berliner Appell“ von 1982 zum „Frieden schaffen ohne Waffen“, den er mit dem SED-Dissidenten Robert Havemann verfasste, wuchs Eppelmann in den 80er Jahren zeitweise zum „Staatsfeind Nr.1“ der DDR-Oberen heran. Er nervte Polizei und Justiz mit Anzeigen, wegen der Verwanzung seiner Wohnung durch die Stasi oder wegen Fälschung der Kommunalwahlen von 1989.

Eppelmann wurde zu einer der Schlüsselfiguren der friedensbewegten DDR-Opposition und unterhielt rege Kontakte zu Politikern und Journalisten aus dem Westen. Als das SED-Regime zu erodieren begann, gründete er im Oktober 1989 die Partei „Demokratischer Aufbruch“ mit, für die er 1990 in die frei gewählte DDR-Volkammer zog. Unter dem letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere (CDU) wird der Pfarrer Abrüstungs- und Verteidigungsminister.

Wie das SED-System, fiel mit dem Mauerfall auch die vermeintlich homogene Opposition in der DDR auseinander. Eppelmann gehörte zu dem eher bürgerlichen Flügel, der gegen eine rasche Wiedervereinigung wenige Einwände hatte. Den absoluten Tabu-Bruch für die pazifistisch gesinnten DDR-Bürgerrechtler beging der kernige Ex-Pfarrer aber, als er sich im Frühjahr 1990 für einen Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO aussprach. „Rainer Eppelmann, Ich schäme

mich für Dich!“, ließ Havemanns Witwe Katja via Zeitungsanzeige den ehemaligen Weggefährten wissen.

Nach dem 3. Oktober 1990 zieht Eppelmann für die CDU in den Bundestag und leitet ab 1992 die beiden Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sechs Jahre lang steuert er die Kommission durch die raue See von Geschichtsklitterung und aufkommender Ost-Larmoyanz. Aus den Kommissionen geht 1998 schließlich die Stiftung Aufarbeitung hervor, deren Vorstandsvorsitzender er bis heute ist.

„Obwohl ich ja nun selbst in der DDR gelebt habe, haben mich die Ausmaße der Menschenverachtung des SED-Regimes immer wieder überrascht“, sagte Eppelmann 20 Jahre später. Seiner eigenen Kirche warf er in den 1990er eine zu große Nähe zu den DDR-Machthabern vor. Zu oft hätten die Kirchenoberen zu Missständen im eigenen Land geschwiegen.

## „Vor dem Kind sind die Samenspender nicht sicher“

Urteil könnte Folgen für Unterhaltsansprüche haben

Frankfurt/Main (epd). Das Urteil, wonach Samenspender kein Recht auf Anonymität haben, könnte Folgen für die Unterhaltsansprüche künstlich gezeugter Kinder haben. Samenspender seien vor Unterhalts- oder Erbansprüchen nicht sicher, sagte Isabell Götz, Sprecherin des Deutschen Familiengerichtstags, am Donnerstag dem epd. Reproduktionsmedizinische Zentren verlangen deshalb einen besseren Schutz der biologischen Väter vor entsprechenden Forderungen.

„Entscheidend für solche Ansprüche ist immer, wer der rechtliche Vater ist“, erläuterte Götz. Spendersamenkinder könnten die Vaterschaft des Partners ihrer Mutter anfechten und den Samenspender als rechtlichen Vater feststellen lassen.

Das Oberlandesgericht (OLG) Hamm hatte einen Arzt verpflichtet, den Namen eines anonymen Samenspenders an die heute 20-jährige Tochter herauszugeben. Die Frau, die durch die Samenspende im Essener Zentrum für Reproduktionsmedizin gezeugt wurde, wollte wissen, von wem sie abstamme.

„Das ist auch ihr gutes Recht“, sagte Götz, die als Familienrichterin am OLG München tätig ist. Bereits 1989 habe das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass Kinder Anspruch auf Kenntnis ihrer eigenen genetischen Herkunft haben. Andernfalls werde ihr allgemeines Persönlichkeitsrecht verletzt.

Viele Paare mit unerfülltem Kinderwunsch befreien ausdrücklich den Samenspender von künftigen Unterhaltspflichten oder auch erbrechtlichen Ansprüchen. Dann können laut Götz die rechtlichen Eltern keinen Unterhalt vom Samenspender verlangen. Dies gelte aber nicht für das Kind. Grundsätzlich habe das Kind einen

Gesellschaft

Soziales

lebenslangen Unterhaltsanspruch. Erfahre das Kind, dass sein rechtlicher Vater nicht der biologische Vater ist, könne es die Vaterschaft anfechten und den biologischen Vater zum rechtlichen Vater machen.

„Die Frist, wie lange eine Vaterschaft angefochten werden kann, beträgt zwei Jahre“, sagte Götz. Kinder können alleine vor Gericht ab dem 18. Lebensjahr oder später ab Kenntnis über den eigentlichen biologischen Vater die Vaterschaft anfechten.

Der Bundesverband Reproduktionsmedizinischer Zentren Deutschlands fordert daher, Samenspender besser vor Unterhalts- und Erbsprüchen zu schützen. Es gebe auch kein standardisiertes Verfahren, das die Herausgabe von Spenderdaten regelt. Ferner sei unklar, was passiert, wenn der Samenspender keinen Kontakt zum Samenspenderkind wünscht.

Auch der Lesben- und Schulenverband in Deutschland (LSVD) fordert eindeutige gesetzliche Vorschriften zur Samenspende. Lesbische Paare könnten ein mit Hilfe einer Samenspende gezeugtes Kind adoptieren. „Damit wird eine Frau quasi zum rechtlichen Vater“, so LSVD-Sprecherin Renate Rumpf. Die Adoption sei aber nur per Antrag möglich. „Wir würden uns wünschen, dass bei einer Schwangerschaft automatisch damit auch die Adoption verbunden und nicht erst ein Antrag erforderlich ist“, sagte Rumpf.

Dass lesbische eingetragene Lebenspartnerschaften über eine Samenspende zu einem Kind kommen, sei derzeit nur in Hamburg und Berlin möglich. In allen anderen Bundesländern würden Ärzte der Empfehlung der Bundesärztekammer folgen, bei lesbischen Paaren keine künstliche Befruchtung mit Hilfe einer Samenspende vorzunehmen.

Stephan Thomae, Familienrechtsexperte der FDP-Bundestagsfraktion, befürchtet, dass mit dem Urteil des OLG Hamm das Modell der anonymen Samenspende vor dem Ende steht. Nun könne es sein, dass der scheinbar anonyme Spender sich plötzlich mit unangenehmen Unterhalts- und Erbrechtsansprüchen konfrontiert sieht. Hier müsse der Gesetzgeber nach Möglichkeiten suchen, dass weiterhin Samenspenden möglich sind. Schließlich stelle die Samenspende für viele kinderlose Paare die letzte Hoffnung für ein „eigenes“ Kind dar.

## **Samenspenden: Psychologe rät Eltern zu offenem Umgang mit der Wahrheit**

**epd-Gespräch: Ulrike Millhahn**

Rotenburg (epd). Das Oberlandesgericht Hamm hat entschieden, dass Samenspender nicht anonym bleiben dürfen. Dem Chefarzt der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie am Rotenburger Diakoniekrankenhaus, Bernhard Prankel, ist

## Soziales

## Soziales

nach diesem Urteil vor allem eines wichtig: ein offener und undramatischer Umgang der Eltern mit den Tatsachen. Im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd) erläutert der Arzt und Psychologe, was die Kinder wissen sollten.

*epd: Muss ein Kind seinen biologischen Vater kennen, um ein erfülltes Leben zu haben?*

**Bernhard Prankel:** Selbstverständlich können auch Kinder, deren Väter oder Mütter kurz nach der Geburt sterben, ein erfülltes Leben haben. Wichtig ist, dass die Eltern im Gespräch über kritische Lebensereignisse sachlich und einfühlsam agieren. Wie Kinder die Tatsache verarbeiten, dass der biologische und der soziale Vater unterschiedlich sind, hängt vor allem davon ab, wie diese Tatsache ihnen vermittelt wird. Wenn dieses Thema emotional überfrachtet wird, dann kann dies in den Kindern ungesunde Vorstellungen und Verhaltensweisen auslösen.

*epd: Sind Eltern moralisch dazu verpflichtet, ihren Kindern gegenüber die Umstände ihrer Zeugung offenzulegen?*

**Prankel:** Im allgemeinen rate ich dazu, Kindern die Wahrheit zu sagen, sobald sie damit umgehen können. Kinder von anonymen Vätern gibt es viel seltener als zum Beispiel Adoptivkinder. Bei diesen erleben wir immer wieder, dass die Kinder längst Bescheid wissen. Sei es, dass sie dies in Unterlagen gelesen oder engere Bekannte Bemerkungen gemacht haben. Dann entsteht ein Tabu: Das Kind denkt, dass darüber nicht geredet werden darf. Das sollte vermieden werden, denn dies führt zu inneren Spannungen. Deshalb empfehle ich, Kinder über die wahren Umstände ihrer Zeugung altersgerecht zu informieren - und zwar zugewandt, sachlich, aber undramatisch.

*epd: Macht es für das Kind einen Unterschied, ob es bei seinem biologischen oder seinem sozialen Vater aufwächst?*

**Prankel:** Für das Kind ist es vor allem wichtig, wie nahe die Eltern dem Kind sind, also wie sie mit ihm fühlen, wie sie mit ihm reden und wie sie es versorgen. Zuwendung, Geborgenheit und Sicherheit, die das Kind über alle seine Sinne erfährt, lassen es zu einer stabilen Persönlichkeit heranreifen. Der Vater, der dies vermittelt, ist der soziale Vater, er muss nicht zugleich der biologische sein.

## Kinderhilfswerk fordert Aus der Babyklappen

Osnabrück (epd). Das Kinderhilfswerk terre des hommes hat Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) aufgefordert, bei der gesetzlichen Regelung zur vertraulichen Geburt das aktuelle Urteil des Oberlandesgerichts Hamm gegen die Anonymität von Samenspenden zu berücksichtigen. „Das Urteil zu den Samenspenden bestätigt unsere Auffassung, dass die Praxis der Babyklappen beendet werden

muss, weil sie gegen das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung verstoßen“, sagte die Kinderrechtsexpertin des Verbandes, Barbara Küppers, am Donnerstag in Osnabrück.

Die Richter hatten in ihrem Urteil am Mittwoch das Recht auf Kenntnis der Abstammung höher bewertet als das Interesse des Samenspenders an der Geheimhaltung seiner Identität. „Die Feststellung des Gerichtes, dass das Wissen um die eigene Abstammung ein zentrales Recht ist, muss auch bei der Gesetzgebung zur vertraulichen Geburt im Mittelpunkt stehen“, forderte Küppers. Bei der vertraulichen Geburt sollen die anonymisierten Daten der Mutter für 16 Jahre unter Verschluss gehalten werden. Nach Ende der Frist können Kinder im Regelfall in Erfahrung bringen, wer ihre Mutter ist.

Ende Februar will der Bundestag über einen Gesetzentwurf zur Legalisierung der vertraulichen Geburt beraten. Der Gesetzentwurf lässt allerdings offen, ob Babyklappen weiterhin in Deutschland geduldet werden. Terre des hommes kritisiert diese Lücke im Entwurf. „Für Babyklappen gibt es in Deutschland bis heute keine gesetzlichen Grundlagen“, kritisierte Küppers. Vor diesem Hintergrund wäre der geplante Gesetzentwurf eine Chance, mit der rechtswidrigen Praxis der Babyklappen endlich Schluss zu machen.

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits im Jahre 1988 klargestellt, dass jeder Mensch ein Recht auf Kenntnis seiner Abstammung hat. Auch der Deutsche Ethikrat vertritt diese Position und sieht das Recht durch Einrichtungen wie Babyklappen systematisch verletzt.

## Historiker Wehler kritisiert Kluft zwischen Arm und Reich

Hamburg/Bielefeld (epd). Der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler hält die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich für einen „der dramatischsten Vorgänge der modernen Zeitgeschichte“. „Eine sehr kleine deutsche Oberschicht koppelt sich vom Rest völlig ab“, kritisierte Wehler in der neuesten Ausgabe des Hamburger Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“. Er finde es „überraschend, wie geduldig, ja phlegmatisch die Bundesbürger bislang damit umgehen“, dass ein „bisweilen grenzenlos habgieriger Turbokapitalismus“ jede Relation verloren habe.

Der Streit um den verschobenen Armutsbericht der Bundesregierung sei dabei „ein Beispiel für die Verlogenheit der Politik“, sagte Wehler. Dem mündigen Staatsbürger wolle man eine ehrliche Debatte offenbar nicht zumuten. Der Historiker, der sich bis zu seiner Emeritierung 1996 in zahlreichen Publikationen kritisch mit der jüngeren deutschen Geschichte auseinandergesetzt hat, warnte davor, „diese extreme Verzerrung nach oben“ weiter zu betreiben. Das Thema soziale Gerechtigkeit müsse deutlicher artikuliert und debattiert werden, forderte er.



Auch kritisierte Wehler die Einwanderungspolitik. Um den Fachkräftemangel aufzufangen, müsste der Staat die Aufnahme von Einwanderern mehr steuern. „Kanada zum Beispiel nimmt auch viele Einwanderer auf, lässt sich deren Qualifikation aber vorher belegen“, erläuterte der Historiker seine These.

Den Menschen mit türkischen Wurzeln in Deutschland warf er vor, zum größten Teil aus eigenem Antrieb heraus in einer Parallelgesellschaft zu leben. Die seit den 60er Jahren eingewanderten türkischen Gastarbeiter seien „hier, um für sich zu bleiben“ und „erstaunlich resistent geblieben gegen jede Form von Aufstiegsdenken oder Weiterbildungsangeboten“.

Wehler veröffentlichte 1987 das fünfbändige Standardwerk „Deutsche Gesellschaftsgeschichte“, das die Zeit von 1700 bis 1990 abdeckt. Für seine wissenschaftliche Arbeit erhielt er zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen.

## **Verbraucherzentrale empfiehlt ethische Geldanlage bei Kirchenbanken**

Düsseldorf (epd). Für nachhaltige Geldanlagen empfehlen Verbraucherschützer Kunden, ihr Geld bei Kirchenbanken oder alternativen Banken anzulegen. Sie hielten mit Abstand das breiteste nachhaltige Angebot vor, erklärte die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen am Freitag in Düsseldorf. Es erstreckte sich von sicheren Zinsprodukten über Investmentfonds bis hin zu kapitalbildenden Versicherungen.

Nach einer Umfrage der Verbraucherschützer steigen immer mehr Banken und Sparkassen in den sogenannten grünen Geldmarkt ein. Besonders die Finanzierung regionaler Produkte der erneuerbaren Energien sei dabei ein positiver Trend, hieß es. Kritik übte die NRW-Verbraucherzentrale aber am Beratungsangebot der konventionellen Geldinstitute. Kaum eine Bank oder Sparkasse beschäftige spezialisierte Beratungskräfte für nachhaltige Geldanlagen, mit denen ethische, soziale oder ökologische Ziele verfolgt würden.

Positiv bewertet die Verbraucherzentrale dagegen klimafreundliche Zinsprodukte regionaler Volksbanken und Sparkassen. Das Geld diene etwa dazu, eine Photovoltaik-Anlage auf öffentlichen Dächern zu finanzieren. Anleger sollten aber darauf achten, dass ihre Einlagen durch die Institutionssicherung in voller Höhe geschützt sind.

## **Sterbehilfverein will sich Verbotsgesetz nicht beugen**

Berlin (epd). Der Verein Sterbehilfe Deutschland will sich einem möglichen Verbot der organisierten Sterbehilfe in Deutschland nicht beugen. Der Vorsitzende des Vereins, der frühere Hamburger Justizsenator Roger Kusch, sagte der Tageszeitung

## Soziales

„Die Welt“ (Freitagsausgabe), der Sterbehilfeverein werde seine Aktivitäten nicht an dem Tag einstellen, an dem ein Verbotsgesetz in Kraft trete. „Wir werden nicht einfach aufhören“, sagte Kusch. Allerdings müssten dann alle Beteiligten ihr strafrechtliches Risiko selbst einschätzen.

Der von Kusch initiierte Verein hat im vergangenen Jahr nach eigenen Angaben 29 seiner 300 Mitglieder Hilfe beim Suizid geleistet. Die schwarz-gelbe Koalition will gewerbliche, also auf finanziellen Gewinn ausgerichtete Sterbehilfe verbieten. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) hat dazu einen Gesetzentwurf erarbeitet, der der Union aber nicht weit genug geht. Aus der Unionsfraktion kommt die Forderung, auch organisierte Sterbehilfe nach dem Vereinsmodell von Kusch müsse verboten werden.

Unklar ist aber noch, ob sich die Union mit ihrer Haltung in der Koalition durchsetzen kann. Leutheusser-Schnarrenberger hat mehrfach deutlich gemacht, dass sie den Gesetzentwurf nicht verschärfen will. Er wird seit November im Bundestag beraten.

Mit dem Gesetz will Leutheusser-Schnarrenberger Suizidbeihilfe, mit der Organisationen Geld verdienen, mit bis zu drei Jahre Haftstrafe oder Geldstrafe ahnden. Angehörige oder nahestehende Personen sollen straffrei bleiben. Beihilfe zum Suizid leistet jemand, der beispielsweise ein tödliches Medikament besorgt und es dem Sterbewilligen überlässt. Flößte er es ihm aber ein, wäre dies Tötung auf Verlangen, die in Deutschland unter Strafe steht.

## Krankenkassen gegen Schäubles Kürzungspläne

**Gesundheitsökonom: 2015 droht wieder Zusatzbeitrag**

Berlin (epd). Eine mögliche Konsolidierung des Bundeshaushalts für 2014 auf Kosten der Krankenkassen sorgt weiter für Unruhe. Neben den Krankenversicherern meldete sich am Freitag auch der Gesundheitsökonom Jürgen Wasem zu Wort. Er warnte in der „Passauer Neuen Presse“ (Freitagsausgabe), der Griff in die Reserven des Gesundheitsfonds werde zulasten der Versicherten gehen. Schon im Jahr 2015 könnten wieder die umstrittenen Zusatzbeiträge fällig werden, sagte Wasem, die allein von den Versicherten gezahlt werden.

Medienberichten zufolge plant Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), im Jahr 2014 nur zehn statt 14 Milliarden Euro als staatlichen Zuschuss an den Gesundheitsfonds zu überweisen. Das würde um zwei Milliarden Euro über die bereits eingepreiste Kürzung von zwei Milliarden Euro hinausgehen.

Insgesamt muss der Finanzminister im Haushaltsentwurf 2014 Einsparungen von vier Milliarden Euro vorsehen, um im kommenden Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Eine Sprecherin des Finanzministeriums sagte,

es gebe noch keine Entscheidungen. Im Gesundheitsfonds würden bereits zwei Milliarden Euro an Einsparungen erbracht. Die Gespräche dauerten an.

Der Gesundheitsfonds ist die Geldsammel- und verteilstelle für die gesetzlichen Krankenkassen. Er wird aus den Beiträgen der Versicherten und der Arbeitgeber sowie aus staatlichen Zuschüssen gespeist. Der Staat zahlt damit den geringeren Teil der sogenannten versicherungsfremden Leistungen von über 35 Milliarden Euro im Jahr. Diese Leistungen - wie etwa Mutterschutz und Schwangerenvorsorge - stehen allen Bürgern zu, nicht nur den Krankenkassenmitgliedern.

Die Krankenkassen wehren sich gegen die Kürungspläne. „Der Gesundheitsfonds ist kein Hilfsfonds zur Sanierung der Staatsfinanzen“, sagte der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Jürgen Graalman, der „Süddeutschen Zeitung“ (Freitagsausgabe). Der Bund habe den Kassen eine dauerhafte Mitfinanzierung von sogenannten versicherungsfremden Leistungen zugesagt, erklärte Graalman. Auch der Chef der Techniker Krankenkasse, Jens Baas, wies Schäubles Vorhaben zurück. „Der Griff in die Kasse des Gesundheitsfonds ist ein systematischer Sündenfall“, sagte er.

Die Volkssolidarität verlangte, die Patienten müssten Vorrang haben. Die Überschüsse im Gesundheitsfonds müssten für eine gute Versorgung verwendet werden, statt den Bundeshaushalt auf Kosten der Sozialkassen zu sanieren, sagte der Präsident des Verbandes, Gunnar Winkler.

## Mediziner fordert mehr Transparenz bei Organtransplantationen

epd-Gespräch: Alexander Lang

Speyer (epd). Der Chefarzt am Diakonissen-Stiftungs-Krankenhaus Speyer, Klaus Lander, hat sich für mehr Transparenz bei der Vergabe von Spenderorganen ausgesprochen. Das ärztliche Mehraugenprinzip könne künftig Manipulationen vermeiden helfen, sagte Lander dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Speyer. So sollten nur Ärzte, die nicht mit der Transplantation und Organspende befasst seien, den Hirntod eines Patienten feststellen. Mehr staatliche Kontrollen wären nach Ansicht des Mediziners dagegen wenig effektiv.

Die Zahl der bundesweit 47 Transplantationszentren sollte verringert werden, forderte Lander als eine Konsequenz aus den Manipulationsfällen in mehreren Zentren. Der Wettbewerb zwischen ihnen wirke sich negativ aus und verringere die Qualität ihrer Arbeit. Transplantationschirurgen fühlten sich unter Druck gesetzt, möglichst viele Organe zu verpflanzen. Eine kleinere Zahl von Transplantationszentren könne hingegen die medizinisch bestmögliche Versorgung gewährleisten. Auch aufgrund der Manipulationsfälle sei die Zahl der Organspenden gesunken, sagte Lander.

## Soziales

## Soziales

Die evangelische Kirche begrüße die Organspende als einen „christlichen Liebesdienst“ am Nächsten, sagte der Anästhesist, der auch dem Ethikrat der Diakonissen Speyer-Mannheim angehört. Durch zahlreiche Informationen und Veranstaltungen versuche die Klinik das Vertrauen in die Organspende zu stärken. Dabei müsse deutlich gemacht werden, dass Ärzte auch schwerstkranke Patienten „nicht hirntot werden“ ließen, um Organe entnehmen zu können.

In Deutschland warten nach Angaben der Deutschen Stiftung Organtransplantation derzeit rund 12.000 Kranke auf ein Spenderorgan. Täglich sterben drei Menschen wegen fehlender Spenderorgane.

### **Malteser feiern in Rom 900-jähriges Bestehen**

Rom (epd). Rund 4.000 Malteser haben sich am Donnerstag in Rom versammelt, um das 900-jährige Bestehen ihres Ordens zu begehen. Höhepunkt der viertägigen Feierlichkeiten wird am Samstag eine Messe im Petersdom mit Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone und einer anschließenden Begegnung mit Papst Benedikt XVI. sein. Aus Deutschland wurden 160 Teilnehmer zu den Vorträgen und Gottesdiensten in Rom erwartet.

Der Malteserorden betreibt soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser und Altenheime in der ganzen Welt. In Deutschland hat der Orden nach eigenen Angaben etwa 550 Mitglieder.

Italienische Kaufleute gründeten den Orden im 11. Jahrhundert in Jerusalem als Bruderschaft, die Pilgern am Hospital zum Heiligen Johannes Schutz und Unterstützung gewährte. 1113 befreite Papst Paschalis II. die Malteser von der Zehntpflicht und unterstellte die ersten europäischen Niederlassungen dem als Gründer des Ordens verehrten und später seliggesprochenen Meister Gerhard.

Im 16. Jahrhundert spaltete sich im Zuge der Reformation der ursprünglich nach dem Jerusalemer Hospital genannte Orden in die bis heute katholisch gebliebenen Malteser und die protestantischen Johanniter. Mit der Ansiedlung auf der Insel Malta wechselte der katholische Orden seinen Namen. Heute ist er im Unterschied zum Johanniterorden international als souveränes, nichtstaatliches Völkerrechtssubjekt anerkannt.

### **Schadensersatz wegen nicht erkannter Gehirnblutung**

Hamm (epd). Ein Krankenhaus muss einem Patienten Schadensersatz zahlen, der wegen einer nicht erkannten Hirnblutung zum Pflegefall wurde. Die ärztliche Behandlung sei fehlerhaft gewesen, weil eine Blutung an der Hirnoberfläche nicht

erkannt worden war, heißt es in einem am Freitag veröffentlichten Urteil des Oberlandesgerichts Hamm. Wäre die durch Aneurysmen im Gehirn entstandene Blutung rechtzeitig entdeckt worden, hätte sie mit großen Heilungschancen behandelt werden können. (AZ: 1-26 U 142/09)

Der Kläger aus dem Kreis Paderborn hatte den Angaben nach 2005 auf Montage in Kiel gearbeitet. Aufgrund plötzlich auftretender heftiger Kopfschmerzen suchte der damals 34-Jährige die Notaufnahme des beklagten Krankenhauses auf. Dort wurde er noch am gleichen Tag mit der Diagnose „Spannungskopfschmerz“ und einem Schmerzmittel entlassen. Kurz darauf kam es zu weiteren Blutungen, die den Mann zu einem schweren Pflegefall machten. Daraufhin verklagte er das Krankenhaus und verlangte unter anderem 200.000 Euro Schmerzensgeld.

Das Oberlandesgericht Hamm gab dem Mann recht und bestätigte damit ein vorangegangenes Urteil des Landgerichts Paderborn. Wie viel Geld der Kläger bekommt, steht noch nicht fest. Die Umstände, nach denen sich die Höhe des Schmerzensgeldes und der Umfang des materiellen Schadens bemessen, müssten noch geklärt werden, hieß es.

## Interkultureller Einstieg ins Berufsleben

Berliner Fachschule kümmert sich mit Erfolg um junge Migranten und Flüchtlinge

Von Verena Mörath (epd)

Berlin (epd). Wer kulturelle Vielfalt hautnah erleben möchte, sollte das „Zentrum Überleben“ in Berlin besuchen. Menschen aus 120 Nationen gehen hier ein und aus. Manche von ihnen besuchen die vor einem Jahr eröffnete Berufsfachschule für interkulturelle berufliche Bildung „Paulo Freire“, um eine staatlich anerkannte Ausbildung zum Sozialassistenten mit dem Schwerpunkt Pflege zu machen. Es ist ein Bildungsangebot, das auf die besondere Situation von Flüchtlingen und Migranten zugeschnitten ist.

„Der Bedarf an Pflegekräften mit interkulturellen Kompetenzen steigt. Deshalb ist es wichtig, die noch zu wenig genutzten Potenziale und Ressourcen von Menschen mit Migrationshintergrund in der Pflege zu fördern“, sagt Marco Hahn, Medizinpädagoge und Leiter der Schule. Denn gerade Flüchtlinge und Migranten hätten oft keine anerkannten Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse - und somit wenig Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Das zu ändern, ist Ziel der neu aufgelegten zweijährigen Ausbildung.

Bald feiern die ersten 20 Schülerinnen und Schüler ihr „Bergfest“. Dann ist vom 2.720 Stunden umfassenden Lernpensum rund die Hälfte geschafft. Gleichzeitig startet der nächste Kurs mit 25 neuen Schülern. Neben den Fächern im berufsbezogenen Lernbereich werden die zwischen 17 und 40 Jahre alten Teilnehmer auch in

Deutsch/Kommunikation, Wirtschafts- und Sozialkunde, Englisch, Mathematik und Sport unterrichtet.

In drei Praxiseinsätzen von fünf, acht und zehn Wochen lernen sie den Arbeitsalltag vorwiegend in Einrichtungen des Berliner Krankenhausbetreibers Vivantes kennen, dessen Institut für berufliche Bildung im Gesundheitswesen (IbBG) die Trägerschaft der Schule übernommen hat. Das Institut arbeitet seit Jahren eng mit dem Zentrum für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste zusammen, das bei „Überleben“ angesiedelt ist. „Unsere Schüler sind wirklich nicht begünstigt“, urteilt Schulleiter Hahn. „Sie haben mit familiären Konflikten und unterschiedlichen Belastungen aufgrund ihrer Lebensgeschichte zu kämpfen, mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus oder drohender Abschiebung.“ Deshalb versuchten Mitarbeiter und Lehrer, jeden Teilnehmer möglichst individuell zu betreuen. Im Pflegebereich sind 15 Dozenten- und Lehrer tätig, die neben der schulischen Arbeit auch Ausbildungsvorbereitung und Pflegebasiskurse anbieten.

„Ich finde es toll, dass die Lehrer hier den Stoff nicht einfach durchziehen, sondern alle in dem Boot mitnehmen“, lobt der Afghane Jakobi Najjib. Auch sei er froh, dass er bei Bedarf Nachhilfe bekomme und bei den Praktika begleitet und unterstützt werde. Der 24-jährige kam mit knapp vierzehn Jahren als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling aus dem Norden seiner Heimat nach Deutschland und wurde im Brandenburgischen Fürstenwalde untergebracht.

„Wir wollen die Schüler nicht einfach auf Leistung trimmen“, erklärt Hahn: „Unser langfristiges Ziel ist es, den Geist des interkulturellen Lernens in der Pflegeausbildung zu etablieren.“ Weil das bei einer Schülerschaft aus vielen Nationen, mit unterschiedlichen Kulturen und größtenteils schlechten Bildungsvoraussetzungen nicht immer konfliktfrei geschehe, sei der interkulturelle Dialog fächerübergreifender Bestandteil der Ausbildung.

„Ich habe nie den Kopf hängenlassen, obwohl ich jahrelang auf meine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung warten musste“, berichtet Najjib. Er sei froh, endlich eine Ausbildung machen zu können. Bei guten Leistungen wird nicht nur die Ausbildung zertifiziert, sondern es kann auch der Mittlere Schulabschluss nachgeholt werden. Wer möchte, kann im Anschluss eine Ausbildung zum Gesundheits- und Krankenpfleger am IbBG beginnen - von drei auf zwei Jahre verkürzt. Sogar ein Studium ist dann noch möglich.

Institutsleiter Ulrich Söding zieht eine positive Startbilanz. Die Teilnehmenden hätten viel Potenzial, „aber sie brauchen eine Initialzündung, um durchzustarten“. Viele müssten erst lernen zu lernen. „Aber wir sind auf dem richtigen Weg“, sagt Söding: „Das zeigen die sehr positiven Rückmeldungen aus der Praxis.“

## Soziales

## Lübecker Grass-Haus zeigt John Lennon als Zeichner

Lübeck (epd). Bekannt ist John Lennon für seine Musik - das Lübecker Günter-Grass-Haus zeigt jetzt den verstorbenen „Beatle“ (1940-1980) als Zeichner, Pop-Autor und Polit-Künstler. Rund 50 Karikaturen, Lithographien und Fotos sind bis zum 2. Juni zu sehen. Das Museum wolle seine unbekannte Seite zeigen, sagte Museumsleiter Jörg-Philipp Thomsa bei der Vorstellung am Donnerstag. Die Schau wird am Freitagabend eröffnet.

Schon seine ersten Jugend-Gedichte und Kurzgeschichten schmückte Lennon mit Illustrationen. Vor seiner Musik-Karriere Ende der 50er Jahre studierte er in Liverpool an der Kunsthochschule. Zu sehen sind in Lübeck Motive aus den 60er Jahren, die Lennon auf das Firmenpapier seiner Plattenfirma Apple zeichnete. Familienbilder für seinen Sohn Julian waren ursprünglich nicht zur Veröffentlichung vorgesehen. Einige Zeichnungen stammen aus der Erotik-Serie „Bag One“, die seinerzeit von der Polizei beschlagnahmt wurde.

Zentrum der Ausstellung ist ein weißes Doppelbett, das an seine Friedensperformance „Bed-In“ erinnert. Nach seiner Hochzeit am 20. März 1969 mit Yoko Ono gab das Paar eine Woche lang Interviews im Hotelbett. Zu sehen ist auch eine Sonder-Ausgabe vom „Wedding-Album“ mit Passfotos und der Hochzeitsbescheinigung.

Bislang unbekannte Fotos zeigen John Lennon als Jungen in Badehose, seine Hamburger „Star Club“-Zeit und während der Aufnahmen zu „Imagine“. Das letzte Foto stammt von Annie Leibovitz wenige Stunden vor seinem Tod.

Die Exponate hat Michael-Andreas Wahle (53) aus Hattersheim (Hessen) ausgeliehen, der erstmals mit wissenschaftlicher Begleitung eine Ausstellung über die grafische Kunst Lennons erstellt hat. Wahle sammelt seit knapp 40 Jahren alles über John Lennon und pflegt auch Kontakte zu Yoko Ono und anderen Familienmitgliedern.

Zur Eröffnung der Ausstellung „The Art of John Lennon“ am Freitagabend ist eine von John Lennon konzipierte Kunst-Aktion geplant: 365 weiße Luftballons sollen in den Himmel steigen.

Mit der neuen Ausstellung setzt das Grass-Haus seine Ausstellungsreihe zu Künstlern mit Doppelbegabung fort, zu denen neben Grass auch Hermann Hesse, Janosch und Wilhelm Busch zählten. Dabei gibt es in diesem Fall noch eine besondere Beziehung: In einem Film liest John Lennon in der Badewanne aus Grass' „Blechtrommel“.

## Trier zeigt ab März „Ikone Karl Marx“

Trier (epd). Zum 130. Todestag des Philosophen Karl Marx (1818-1883) zeigt das Trierer Stadtmuseum Simeonstift ab dem 17. März eine Sonderausstellung. Die Schau zeige, wie häufig das Gesicht des Mannes mit dem charakteristischen Rauschebart auch heute noch in der Kunst und auf Gebrauchsgegenständen zu sehen ist, teilte das Museum am Donnerstag mit. Die Ausstellung „Ikone Karl Marx - Kultbilder und Bilderkult“ in der Geburtsstadt des Gesellschaftstheoretikers werde bis zum 18. Oktober zusehen sein.

Die Sonderausstellung biete einen Überblick über fast anderthalb Jahrhunderte Bilderschau, von frühen Fotografien und ihrer gezielten Verbreitung über die Marx-Verehrung in der DDR und Sowjetunion bis zu Darstellungen in der Kunst, hieß es. Es werden Werke von Heinrich Zille, Max Pechstein, John Heartfield und Jonathan Meese zu sehen sein.

Nach den Worten von Museumsdirektorin Elisabeth Dühr geht es bei der Schau nicht um eine historische und politische Bewertung, sondern um die Veränderungen des Marx-Bildes in den unterschiedlichen politischen Gesellschaften. In der DDR und der Sowjetunion sei Marx allgegenwärtig gewesen: als Gemälde in Amtsstuben, auf Geldscheinen und Briefmarken. Heute sei er überwiegend eine Werbe-Ikone, die in YouTube-Filmen und Werbespots erscheine. So habe das Möbelhaus IKEA im Jahr 2009 vor einer Marx-Büste mit dem Slogan „Wie man gute Ideen erfolgreich umsetzt“ für seinen neuen Einrichtungskatalog geworben.

## Klassik-Stiftung: Einer der größten Restitutionsfälle an Weimarer Anna-Amalia-Bibliothek geklärt

Weimar (epd). Die Weimarer Klassik-Stiftung hat einen der größten Restitutionsfälle im deutschen Bibliothekswesen erfolgreich abgeschlossen. Eine als NS-Raubgut identifizierte Almanachsammlung könne nach einer gütlichen Einigung mit den Erben und der Jewish Claims Conference nunmehr rechtmäßig für die Anna-Amalia-Bibliothek erworben werden, sagte Bibliotheksdirektor Michael Knoche am Freitag in Weimar. Der jüdische Leipziger Unternehmer Arthur Goldschmidt (1883-1951) musste 1936 seine Sammlung zwangsweise an das Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar verkaufen.

1955 gelangten die 2.000 Bände mit Almanachen aus dem 17. bis 19. Jahrhundert in die damalige Zentralbibliothek der Deutschen Klassik. In der daraus hervorgegangenen Anna-Amalia-Bibliothek zählen sie den Angaben zufolge zum Kernbestand. Die Palette in Goldschmidts Sammlung reicht von literarischen Musenalmanachen über Ballett, Travestien, Karneval und Masken, Kirchen und Ketzer, Leipziger Frauenzimmer bis zu einem satirischen Mückenalmanach von 1797. Daneben



finden sich auch fachkundliche Kalender für Jagd und Forst sowie Schauspieler und Militärs.

Historische Almanache seien heute wichtige Quellen zur zeitgenössischen Kultur, hieß es. In der Goldschmidt-Sammlung seien einige Titel, die antiquarisch nicht mehr verfügbar sind. Der Unternehmer habe die Almanache aus seiner Bibliothek mit insgesamt 40.000 Bänden für 2.000 Goldmark und damit deutlich unter Wert verkaufen müssen. Goldschmidt selbst wurde vorübergehend inhaftiert, sein Sohn kam ins KZ Buchenwald. Die Familie überlebte jedoch und konnte emigrieren.

Nach den Worten von Stiftungspräsident Hellmut Seemann ist die gütliche Einigung zum dauerhaften Verbleib der Almanache ein Ergebnis der Provenienzforschung. Die Stiftung bemühe sich gegenwärtig um ein entsprechendes Forschungsprojekt, da es in ihren Einrichtungen in der NS-Zeit wiederholt zu Ankäufen von unrechtmäßig erworbenem Kulturgut gekommen sei. Allerdings könne die Stiftung diese Aufgabe nur dann erfüllen, wenn Nachforschungen zur Herkunft zweifelhafter Bestände von den Institutionen, der öffentlichen Hand und der deutschen Öffentlichkeit als gemeinsame Verpflichtung erkannt würden, betonte Seemann.

## Schauspielerin Iris Berben erhält Theodor-Lessing-Preis

Hannover (epd). Die Schauspielerin Iris Berben (62) erhält in diesem Jahre den Theodor-Lessing-Preis der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Hannover. Berben engagiere sich seit vielen Jahren kontinuierlich gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus und mache sich für das Existenzrecht Israels in sicheren Grenzen stark, teilten die Initiatoren am Freitag mit. Die undotierte Auszeichnung wird ihr am 13. Februar in Hannover verliehen.

Berben engagiert sich den Angaben zufolge unter anderem als Schirmherrin der Hilfsorganisation „Roter Davidsstern“ in Israel, dem Pendant zum Roten Kreuz. Sie gehöre zu den ersten Unterzeichnerinnen der Initiative „Stop the Bomb“ gegen iranische Atomwaffen und setze sich für den Verein „Gesicht Zeigen“ gegen Rechtsextremismus ein, hieß es weiter. Die Laudatio auf Iris Berben hält die Journalistin Esther Schapira aus Frankfurt, die den Preis 2010 gewann.

Mit dem Preis werden Persönlichkeiten geehrt, die in besonderer Weise einen Beitrag zu Versöhnung mit dem Staat Israel leisten. Er wird alle zwei Jahre vom hannoverschen Zweig der Deutsch-Israelischen Gesellschaft vergeben.

Die Auszeichnung erinnert an den aus Hannover stammenden jüdischen Philosophen und Publizisten Theodor Lessing (1872-1933). Er wurde vor 80 Jahren von nationalsozialistischen Attentätern in Tschechien ermordet. Zu den bisherigen Preisträgern gehören der Liedermacher Wolf Biermann und der SPD-Politiker und frühere deutsche Botschafter in Israel, Rudolf Dreßler.

## Greifswald plant erneut Gesangswettbewerb für Kirchenmusik

Greifswald (epd). Vor der Greifswalder Bachwoche wird es in diesem Jahr erneut einen Internationalen Gesangswettbewerb für Kirchenmusik geben. Vom 24. bis 27. Mai können sich daran im Greifswalder Dom alle Sänger der Stimmlagen Sopran, Alt, Tenor und Bass beteiligen, die zwischen 1984 und 1994 geboren wurden, teilte der Förderverein „Kunstundkultur Hansestadt Greifswald“ am Freitag mit.

Zu gewinnen sind Geldpreise von 1.000 bis 4.000 Euro. Im Mittelpunkt stehen Rezitative und Arien des Barock-Komponisten Johann Sebastian Bach (1685-1750). Die Preisträger werden im ersten Abendkonzert der 67. Greifswalder Bachwoche bei Bachs „Jesusvesper“ am 27. Mai im Dom mitwirken. Schirmherr des nach 2011 zum zweiten Mal veranstalteten Gesangswettbewerbs ist Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD).

Die Greifswalder Bachwoche steht vom 27. Mai bis 2. Juni unter dem Motto „Bach und Italien“. Träger ist seit 2012 die neue evangelische Nordkirche.

## Luther für 30 Pfennig

Briefmarkensammlung zeigt die Geschichte des Protestantismus

Von Andreas Rehnolt (epd)

Remagen/Bonn (epd). Günther Korn freut sich auf das Jahr 2017. Wenn die protestantischen Kirchen an den Beginn der Reformation vor 500 Jahren erinnern, möchte der passionierte Philatelist gerne auch seine mehrere tausend Exemplare umfassende Briefmarkensammlung öffentlich präsentieren. Die zeigt nämlich die Geschichte des Protestantismus von Luther bis heute - im Kleinformat, mit und ohne Stempel.

„Mehrere tausend Briefmarken und zigtausend philatelistische Belege wie Poststempel, Briefe, Postkarten, Depeschen oder Umschläge sind da zusammen gekommen“, erzählt der 59 Jahre alte Sammler aus Remagen. Seit 30 Jahren widmet sich der Geschäftsführer des Bundes Deutscher Philatelisten mit Sitz in Bonn dieser „Lebensaufgabe“ schon. „Ich bin immer schon geschichtsinteressiert gewesen und vom Elternhaus her religiös und kirchlich geprägt.“ Die Liebe zu den Briefmarken entdeckte er als Junge über einen Schulfreund, der ihm stolz seine Markensammlung zeigte.

Die großangelegte Sammlung beginnt laut Korn mit dem „Vorabend der Reformation“ und zeigt etwa die Stellung der Geistlichkeit, das mittelalterliche katholische Glaubensbild mit Ängsten der Menschen, Hexenkult, Prunk und Pracht der Päpste und Bischöfe sowie die gängige Praxis, Reformer auf dem Scheiterhaufen zum Schweigen zu bringen. Ein Großteil der Sammlung widmet sich Martin Luther,

erzählt von dessen Kindheit, Ausbildung und Eintritt ins Kloster, Luthers Priesterzeit und schließlich seiner Tätigkeit in Wittenberg.

Doch das bloße Sammeln von Marken alleine füllte Korn nicht aus. Er wollte Geschichte mit Briefmarken dokumentieren und mittels sonstiger philatelistischer Originalbelege einordnen und kommentieren. Die kleinen gezackten Marken aus aller Welt erzählen von Luthers Anschlag der 95 Thesen an die Schlosskirche in Wittenberg am 31. Oktober des Jahres 1517, vom Geburtshaus des Reformators in Eisleben, zeigen Luther mit Doktorhut und zeugen davon, wie Luthers Sache nach und nach politisch wird.

Marken, Briefe, Depeschen, Siegel und sonstige Belege berichten vom Kirchenbann gegen den katholischen Professor. Eine 30-Pfennig-Marke der Deutschen Bundespost von 1971 erinnert daran, wie Luther beim Wormser Reichstag vor Kaiser Karl V. standhaft bleibt und bekennt: „Ich kann nicht anders!“ Natürlich spart die Sammlung auch Luthers Zeit auf der Wartburg nicht aus, wo er unter dem Schutz des Landesfürsten Friedrich des Weisen stand, der auch die Universität Wittenberg gründete, von der die Reformation dann ausging. Die Wartburg findet sich auf zahlreichen Marken in allen Perspektiven, unter anderem zeigt eine das Erkerzimmer, in dem Luther als Junker Jörg verkleidet die Bibel in die deutsche Sprache übersetzte.

Auch vom Ende von Luthers Zölibat weiß die Sammlung zu berichten, von seiner Ehe mit Katharina von Bora und der Gründung einer eigenen Familie. Korn hat sich nicht nur auf die Person Luthers beschränkt, seine gesammelten Objekte zeigen auch Zeitgenossen des Reformators sowie Erfindungen der damaligen Zeit, die mit dafür verantwortlich waren, dass die Thesen des Mönchs solche Wirkungen und Auswirkungen erreichen konnten. Nicht zuletzt die Erfindung des Buchdrucks und die Holzstich-Bildnisse, die der Maler Lucas Cranach von Luther fertigte, sorgten für dessen Bekanntheitsgrad.

Ein weiterer Teil der Sammlung befasst sich mit Wiedertäufern, Bauern und anderen bekannten Reformatoren wie etwa Zwingli und Calvin. Es geht um die Schaffung des Kleinen und Großen Katechismus, um die Augsburger Bekenntnisschrift und schließlich den Weg zur anerkannten Kirche. Die Briefmarken und Belege berichten auch vom Tod Luthers, vom Augsburger Religionsfrieden, der Koexistenz der Konfessionen am Ende des Reformationszeitalters bis hin zu den Wirren des 30-jährigen Krieges.

Die Sammlung des Philatelisten Korn hört dort aber nicht auf, sie zeigt die Entwicklung des Protestantismus über alle Jahrhunderte hindurch bis in die Jetzt-Zeit, etwa die Sondermarken zu den evangelischen Kirchentagen. „Es handelt sich eben um ein großes Thema auf kleinstem Raum“, schmunzelt der Sammler.

## US-Diplomatin: Paris zahlte Millionen Lösegeld an Islamisten

Paris (epd). Frankreich hat nach Informationen einer US-Diplomatin bereits 17 Millionen US-Dollar für vier französische Geiseln an islamistische Gruppen in der Sahelzone gezahlt. „Ein Teil des Geldes hat den Islamisten ermöglicht, Waffen zu kaufen“, sagte die ehemalige US-Botschafterin in Mali, Vicky Huddleston, in einem am Freitag ausgestrahlten Interview mit dem französischen Sender i>TELE.

Frankreich habe das Geld über Mittelsmänner gezahlt, die jeweils einen Anteil erhalten hätten. Ein großer Teil der Summe sei jedoch am Ende an die extremistische Gruppe „Al-Kaida im islamischen Maghreb“ geflossen, die sich zu der Geiselnahme bekannt hatte. Der frühere französische Innenminister Claude Guéant dementierte unterdessen auf i>TELE, dass ein Lösegeld gezahlt worden sei.

Die islamistische Gruppe hatte 2010 fünf Franzosen und zwei Afrikaner an einer Uranmine in Malis Nachbarland Niger entführt, die den wertvollen Rohstoff für französische Atomkraftwerke liefert. Die einzige Frau unter den Geiseln und die beiden Afrikaner wurden bald wieder freigelassen. Später kam es in Mali zu weiteren Geiselnahmen. Derzeit befinden sich noch sieben Franzosen in der Hand der Islamisten. Es wird vermutet, dass die Geiseln in die Bergregion im Norden des westafrikanischen Landes verschleppt wurden, nahe der algerischen Grenze.

Die französische Armee ist mittlerweile in diese Region vorgedrungen. Seit mehreren Tagen greife die Luftwaffe Stützpunkte der Islamisten etwa 200 Kilometer nördlich der malischen Stadt Kidal an, sagte Armeesprecher Thierry Burkhard. In Frankreich wird vermutet, dass die Armee versuchen wird, die Geiseln zu befreien. Wegen der riskanten Sicherheitslage hat der französische Atomkonzern AREVA die Eröffnung einer dritten Uranmine im Niger bereits um mehrere Jahre verschoben. Frankreich bezieht aus dem Land etwa ein Drittel des Urans, das für den Betrieb der 58 Atomkraftwerke gebraucht wird.

## Vorwürfe gegen Stiftung „Menschen für Menschen“

München (epd). Die Stiftung „Menschen für Menschen“, die vor 32 Jahren von Schauspieler Karlheinz Böhm gegründet wurde, wehrt sich gegen den Vorwurf der Verschwendung. Die „Bild“-Zeitung hatte am Donnerstag berichtet, Kuratoriumsmitglieder wie Star-Koch Eckart Witzigmann ließen ihre Ämter ruhen. Zudem hätten sich zwei Groß-Spender abgewendet. Dabei geht es um den Bau eines angeblich zu großen Bürohauses sowie um Schulen, die dem äthiopischen Staat übergeben wurden und angeblich verkommen. Dies sei „ein Schlag ins Gesicht eines jeden Spenders“, wird der Spender Jürgen Wagentrotz zitiert.

Entwicklung

Karlheinz Böhm's Ehefrau Almaz, die die Stiftung seit November 2011 leitet, wies die Vorhaltungen zurück. Die Stiftung baue keine Privatschulen, sondern beziehe die Menschen vor Ort in die Projekte mit ein. Die Gemeinden und Ministerien müssten dazu eigene Beiträge leisten. Wenn Schulen in der Verantwortung des äthiopischen Staates verkämen, sei dies „ein Schlag ins Gesicht des äthiopischen Volkes“, erklärte sie.

Die Stiftung überlasse die von ihr gebauten 310 Schulen nicht ihrem Schicksal, sondern besuche sie regelmäßig, betonte Almaz Böhm. Der Staat stelle die Lehrer und übernehme die laufenden Kosten. Auch den für 1,1 Millionen Euro geplanten Bürobau in Addis Abeba verteidigte die Leiterin der Stiftung. In den angemieteten Räumen reiche der Platz für die 66 Mitarbeiter in der äthiopischen Hauptstadt nicht mehr aus. Landesweit seien es 750 Mitarbeiter. Zudem brauche die Logistik Platz.

Die Stiftung investierte 2011 laut Jahresbericht 18,7 Millionen Euro in Entwicklungsprojekte. Der Großteil der Mittel stammt aus Spenden. Der heute 84-jährige Karlheinz Böhm leidet zurzeit noch an den Folgen eines Autounfalls. Seine Ehefrau trat laut „Bild“ Gerüchten über eine Demenz entgegen. Der Schauspieler hatte die Stiftung 1981 nach einer verlorenen Wette bei „Wetten, dass..?“ gegründet.

## Impressum

Herausgeber / Verlag:  
Gemeinschaftswerk der  
Evangelischen Publizistik (GEP)  
gGmbH, Emil-von-Behring-Str. 3  
60439 Frankfurt am Main.

**Geschäftsführer:** Jörg Bollmann.  
Amtsgericht Frankfurt am Main,  
HRB 49081  
USt-ID-Nr. DE 114 235 916  
**GEP-Verlagsleiter:** Bert Wegener.  
**Chefredakteur der  
epd-Zentralredaktion:**  
Dr. Thomas Schiller.

**epd-Landesdienste:** Nord  
(Hamburg), Ost (Berlin),  
Niedersachsen- Bremen (Hannover),  
West (Düsseldorf), Mitte-West  
(Speyer), Südwest (Stuttgart/  
Karlsruhe), Bayern (München).

**epd-Zentralredaktion**  
**Nachrichtenchef:** Karsten Frerichs  
(verantwortlich i.S.v. § 55 RStV);  
**Chef vom Dienst:** Peter  
Bosse-Brekenfeld  
**Agenturdesk Text:** Renate  
Kortheuer-Schüring, Stefan Fuhr,  
Jürgen Prause; **Kirche u. Politik:**  
Rainer Clos (Ltg.), Stephan  
Cezanne, Angela Göttische, Barbara  
Schneider; **Entwicklung u. Politik:**  
Elvira Treffinger (Ltg.), Natalia  
Matter; **Sozialpolitik:** Markus  
Jantzer (Ltg.), Dirk Baas; **Medien u.  
Kultur:** Diemut Roether (Ltg.),  
Henning Engelage, Michael Ridder.  
**Bundesbüro Berlin:** Bettina  
Markmeyer, Corinna Buschow.

**Verlag/Bestellservice:**  
Tel: 069-58098-0  
Fax: 069-58098-226  
E-Mail: kundenservice@epd.de  
**Redaktion:**  
Tel: 069-58098-333  
Fax: 069-58098-122  
E-Mail: nachrichten@epd.de.

**Erscheinungsweise:**  
fünfmal wöchentlich (Mo.-Fr.)  
**Bezugspreis** für die  
epd-Zentralausgabe per E-Mail:  
monatlich 53,00 €  
Die epd-Zentralausgabe darf nur mit  
Zustimmung des Verlags  
weiterverwertet, gedruckt, gesendet  
oder elektronisch kopiert und  
weiterverbreitet werden. Jede  
Haftung für technische Mängel oder  
Mängelfolgeschäden ist  
ausgeschlossen.